

Ehrenamt in Städten und Gemeinden - Kommunalpolitik vom Aussterben bedroht

Der Kieler Politologe Wilhelm Knelagen sagt: Wenn es nicht gelinge, Menschen für die Arbeit in ihren Dörfern zu begeistern, drohe ein Verwaltungsstaat. Stell' Dir vor, es ist Wahl aber keinen interessiert's. So oder so ähnlich könnte die Analyse eines jeden Kommunalpolitikers auf dem Land in Schleswig-Holstein lauten. Bei der jetzt anstehenden Kommunalwahl haben die meisten Bürger noch die Wahl - das könnte sich aber in einigen Jahren ändern, glaubt zumindest der Kieler Politologe Dr. Wilhelm Knelagen. "Das Land wird sich sehr stark verändern", sagt der 41-Jährige. Denn wenn sich künftig nicht mehr genügend Politiker für die Arbeit in Gemeinderäten zur Verfügung stellen, könnte am Ende ein Verwaltungsstaat entstehen. "Schon immer hatte die Verwaltung im Dualismus mit den politischen Gremien einen Informations- und Kompetenzvorsprung", sagt Knelagen, der nichts von einem Verwaltungsstaat hält. Das politische Ehrenamt sei durch nichts zu ersetzen. Doch leider ist es auch immer schwieriger zu besetzen. Für immer weniger Menschen ist es attraktiv, leere Kassen in Kommunen zu verwalten. Politiker sind nicht besonders gut angesehen, der Zeitaufwand ist immens, der Ertrag meist gering, weil die Handlungsspielräume klein sind. Mehr Geld für Lokalpolitiker wird es kaum geben. "Einen lokalen Ehrenamtler kann man nicht so gut bezahlen, dass er sich wegen des Geldes in der Gemeinde engagiert", sagt Knelagen. Und so besteht die Gefahr, dass in einigen Dörfern nach der Schule, dem Arzt, dem Pastor und dem Kaufmann auch die Politiker verschwinden. Aber was bleibt? "Die Trends, die wir ohnehin in der Gesellschaft haben, werden sich in den Parteien deutlich niederschlagen. Nicht alles was bisher ehrenamtlich möglich war, wird es dort in Zukunft noch geben." Das bedeutet, dass sich das Sterben der Ortsvereine fortsetzen könnte. Auch für Wählergemeinschaften wird es nicht leichter, überhaupt politisches Personal zu finden. Und die Macht könnte sich verschieben. Wenn mehr Menschen in den Städten und deren Umgebung leben, werden die auch zahlenmäßig bei Wahlen die Interessen der Städter besser artikulieren können und in Parteien damit Mehrheiten erzielen können. "Die Gefahr ist da, dass der ländliche Raum abgekoppelt wird. Drohen könnte am Ende dann eben doch die Zwangsverwaltung. "Das letzte Wort bei einer Entscheidung hat der Gemeinderat, etwa bei Haushaltsfragen", sagt Knelagen. "Aber wenn keine Ansage aus der Kommunalpolitik kommt, entscheidet die Verwaltung." Das hält der Politikwissenschaftler für wenig sinnvoll. Es gebe keine Alternative zum politischen Ehrenamt, wenn man die Politik nicht noch anfälliger für Lobbyisten und Populisten machen wolle. "Wenn wir nicht dafür sorgen, jeder an seinem Platz und jeder so wie er es kann, dass die demokratische Idee weitergetragen wird, dann könnte es sein, dass bezahlte Menschen über uns entscheiden. Demokratie vererbt sich nicht." Dann hätten die Dorfbewohner irgendwann wirklich keine Wahl mehr.